

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig, Rosen & Komp., Nr. 20813.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtgebühren monatlich 1,75 M. Durch den Postbezogen vierteljährlich 6,25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8,00 M.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 251. Expeditionsbüro nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 251. Verschickungszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends.

Insertenpreis: die 7 gespaltene Nonpareilzeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Freuzugszuschlag, bei Familienangehörigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpfändung zur Aufnahme an vorgelagerten Tagen kann nicht angenommen werden. Für Briefverbreitung 20 Pf.

Nr. 117.

Dresden, Freitag den 23. Mai 1919.

30. Jahrg.

Clemenceaus Note über die Kriegsgefangenen.

Verfaßt, 22. Mai. Dem Grafen Brockdorff-Rantzau ist heute in Vortritt Clemenceaus auf die Note vom 10. d. M. betr. die Kriegsgefangenen zugegangen, die besagt, daß die Alliierten der Freilassung der Kriegs- und Zivilgefangenen, welche Verbrechen oder Vergehen haben zu schulden kommen lassen, nicht zustimmen können. Es wird ein Sonderfall angeführt, in dem ein deutscher Kriegsgefangener nachts einen Sandsturz erlitten hat, bei dem er arbeitete, und dessen Frau ermordet wurde. Hinsichtlich dessen, was sich auf die Milderung bezieht, die die deutsche Regierung in dem Gesicht der Kriegsgefangenen und der Alliierten zwischen dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Friedens und dem ihrer Heimkehr eintreten zu lassen vorschlägt, bitten die Alliierten nicht, welche Milderung gewährt werden sollte, denn sie hätten sich bemüht, die Kriegsgefangenen zu beobachten und den Fortschritt der Menschlichkeit zu verfolgen zu lassen. Die Alliierten würde beabsichtigen, die Kriegsgefangenen in der fraglichen Zeit mit voller Berücksichtigung ihres Wohlstandes und ihrer Bedürfnisse zu behandeln. Die Freilassung des persönlichen Eigentums an die Kriegsgefangenen werde erfolgen. Bezüglich der Auskünfte über die Vermissten bitten die Alliierten ständig bemüht, der deutschen Regierung alle Informationen zugehen zu lassen und würden sich damit befassen. Was die Erhaltung der Grabstätten und die Überführung der Leichen Angehöriger anbelangt, werden die betr. Artikel der Friedensbedingungen verworfen. Bezüglich der Verbrechen uneingeschrankter Gegenseitigkeit müßten die Alliierten erklären, daß sie es für erforderlich gehalten hätten, im Artikel 229 einzufügen, gegen die Behandlung, die ihre eigenen, in Deutschland während des Krieges internierten Staatsangehörigen zu erleiden gebot hätte. Da keinerlei Vergleich zwischen der Behandlung der Kriegsgefangenen durch die deutsche Regierung einerseits und durch die alliierten und assoziierten Mächte andererseits möglich sei, so könne in dieser Hinsicht keinerlei Gegenseitigkeit gefordert werden. Sie wären bereit, alles Mögliche zu tun, um die deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, bezugnehmend auf angemessen behandelt, nach Friedensschluß heimzuführen. Sie bedauern indessen, daß die zur Verfügung stehenden Mittel ungenügend seien, um die deutschen Kriegsgefangenen neu auszustatten. Kommissionen, die sich mit der Heimführung der Kriegsgefangenen zu befassen hätten, würden die Summe der alliierten und assoziierten Mächte einlegen, sobald der Frieden unterzeichnet sei. — In einer Anlage fügt Clemenceau dem unbilligen Verzicht des Unterstaatssekretärs für die militärische Gerichtsbarkeit in Betreff des Verleumdungslandes der Kriegsgefangenen bei.

Zu dieser Antwortnote bemerkt die zuständige Stelle: Die alliierten und assoziierten Regierungen führten zur Vermeidung ihrer Ablehnung der Freilassung derjenigen Kriegs- und Zivilgefangenen, die sich wegen anderer als militärischer Vergehen in Unterwerfungs- oder Strafkast befinden, einen denkbar besonders trassen Fall an, wo ein deutscher Kriegsgefangener nach der Gefangennahme eines Wortes gegen den Interniermar, bei dem er arbeitete, und dessen Frau schuldig gemacht hat. Die alliierten und assoziierten Regierungen werden wohl selbst nicht behaupten wollen, daß unter den früher in deutschen Händen befindlichen ihnen angehörigen Kriegsgefangenen kein Fall dieser Art sich ereignet hätte. Im Gegenteil, es gab nur allzuviel Fälle vorgekommen, wo Kriegsgefangene in Deutschland schwere Verbrechen begangen haben, namentlich Brandstiftung, Mord usw. Das habe die alliierten und assoziierten Regierungen seinerzeit beim Waffenstillstand nicht abgesehen, die bedingungslose Übergabe aller Kriegsgefangenen zu verlangen. Es ist nicht einzusehen, warum in dieser Beziehung die deutschen Gefangenen in der Hand der alliierten und assoziierten Regierungen anders behandelt werden sollen, als die in deutscher Hand befindlichen feindlichen Gefangenen. Die Nachrichten, die fortgesetzt über die Behandlung der namentlich noch in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen der deutschen Regierung zugegangen sind, lassen es als unbedingt erforderlich erscheinen, für sie jetzt endlich eine bessere Behandlung durchzuführen. Gerade die Durchführung einer Freilassung über die Einzelheiten sollte der Zweck der mündlichen Beratungen sein. Es hätte, wenn die feindlichen Regierungen von dem Gefühl der Menschlichkeit hätten lassen, selbstverständlich sein müssen, die noch in feindlicher Gefangenschaft zurückgebliebenen Kriegsgefangenen dieselben Vergünstigungen hätten gewährt zu werden, wie sie den Angehörigen der alliierten und assoziierten Regierungen beim Abbruch des Waffenstillstandes in Deutschland zufließen mochten. Die deutsche Regierung kann nach diesen Umständen nicht sicher sein, daß die deutschen Kriegsgefangenen bis zu ihrer Heimkehr mit voller Berücksichtigung ihres Wohlstandes und ihrer Bedürfnisse behandelt werden. Wenn im übrigen die alliierten und assoziierten Regierungen behaupten, daß sie hinsichtlich der Nachforschungen nach den Vermissten und der Pflege der Grabstätten alle billigen Wünsche erfüllt hätten und zu erfüllen gewillt seien, so ist nicht einzusehen, warum sie sich weigern, in den Vereinbar Bestimmungen aufzunehmen, die auch ihrerseits vollständige Gegenseitigkeit gewährleisten. Die Behauptung der alliierten und assoziierten Regierungen,

daß keinerlei Vergleich zwischen der Behandlung der Kriegsgefangenen durch Deutschland einerseits und durch die alliierten und assoziierten Regierungen andererseits möglich sei, ist geradezu ungeheuerlich. Sie wird widerlegt durch unzählige erblidete Auszüge deutscher Kriegsgefangener, die namentlich in Frankreich das härteste Los zu erdulden hatten. Die Welt mag auf Grund dieser Auszüge urteilen, auf welcher Seite das Unrecht zu suchen ist.

Zusammenkunft in Spa.

Berlin, 23. Mai. Ministerpräsident Scheidemann hat sich gestern, begleitet von den Reichsministern Dernburg und Erzberger und dem Vizepräsidenten der Reichsversammlung für die Friedensverhandlungen, dem Grafen Brockdorff-Rantzau nach Spa begeben. Die deutsche Delegation wird von Verfaßtes gleichfalls nach Spa reisen. Dort wird am Freitag die endgültige Redaktion der deutschen Gegenentwürfe stattfinden. Diese Zusammenkunft in Spa ist notwendig geworden, weil der Verkehr zwischen Berlin und Verfaßtes technisch außerordentlich erschwert ist. Andererseits aber will die Reichsregierung jetzt entschlossen sein, dem deutschen Volke so schnell wie irgend möglich Klarheit über die deutschen Gegenentwürfe und damit zugleich über die Friedensaussichten zu geben. Der Reichsstaatsminister Well nimmt an der Reise nach Spa gleichfalls teil.

Mündliche Beratungen.

Rotterdam, 22. Mai. Dem Nouveau Rotterdamischen Courant zufolge meldet der Daily Express aus Paris, Brockdorff werde einen letzten Appell an die Alliierten richten, worin er mündliche Beratungen zwischen den Deutschen und den Alliierten vorschlagen werde. Es kann sein, daß Wilson darauf eingehen wird. Der Präsident tritt für einen mündlichen Verhandlungsausschuss ein und werde in diesem Vorhaben von einem einflussreichen Staatsmann aus den Dominions unterstützt. In gut eingeweihten Kreisen der Friedenskonferenz rechnet man ernstlich mit der Möglichkeit, daß, bevor der Friedensvertrag unterzeichnet werden wird, radikale Veränderungen an verschiedenen wichtigen Bestimmungen vorgenommen werden. Clemenceau ist der einzige, der an dem Buchstaben des letzten Vertrags festhält. Man vermutet, daß der eigentliche Grund, weshalb der Vorlauf des Vertrags nicht in Frankreich und England veröffentlicht worden ist, der ist, daß man solche Veränderungen am Vertrag vorgezogen hätte.

Die Internationale wird nicht empfangen.

Verfaßtes, 21. Mai. Der Populaire meldet in seiner heutigen Ausgabe, daß Henderson als Vertreter der sozialistischen Internationale ein Schreiben dem Sekretariat der britischen Friedensdelegation erhalten habe, in dem ihm mitgeteilt wird, daß der oberste Rat der Alliierten es ablehnt, eine Deputation der sozialistischen Internationale zu empfangen, um mit ihr den Friedensvertrag zu besprechen. Der Populaire bemerkt dazu, nicht die kapitalistischen Regierungen, sondern die Völker seien die Adressen, an die sich die Internationale wenden müsse. Die Daily News schreiben heute früh, wenn die Friedenskonferenz überändert an den gegenwärtigen Bedingungen festhält, ist der Sturz der deutschen Regierung gewiss und die Lage in Deutschland wird sich rapid verschlechtern. Wenn aber die Konferenz die Gefahren bedenkt, die kommen, wenn Deutschland in den Abgrund stürzt, dann wird sie diese Bedingungen vollständig abändern. Die Friedensbedingungen für Österreich werden voraussichtlich in der kommenden Woche überreicht.

Der 11. Totenwechsel.

Verfaßtes, 23. Mai. Gestern abend vor der Abreise nach Spa sind noch zwei weitere deutsche Ruten nach französischem Kurier an die Entente abgehandelt worden. Die erste Note stellt eine Entwertung auf die Antwort der Entente auf die Frage des internationalen Arbeiterrechts. Sie bringt die Gegenüberstellung der Abtötung der Arbeiterkonkurrenz zu einander gegen die Abtötung der Konkurrenz zu der Antwort der Entente geltend gemacht wurden. Die Note wiederholt das

Verlangen nach der Verfallter Arbeiterkonferenz und fordert zum Schluß, daß über diese neue Antwort die Führer aller Gewerkschaften gehört werden. Die zweite Note bringt einen sehr umfangreichen und gründlichen Entwurf gegen die Bestimmungen des Friedensvertrags über die Beschäftigung des deutschen Privatbürgers im Ausland vor. Sie legt auch die Unausführbarkeit der Bestimmungen schon durch blöße Aufzählung der daraus entstehenden Folgen auf das Überzeugende dar und fordert zum Schluß das Ende des Wirtschaftskrieges und die Gegenseitigkeit im Sinne des Völkerbundes.

Verfaßtes, 23. Mai. Im Augenblick der Abreise des Grafen Brockdorff wurden gestern abend 9 1/2 Uhr von der Entente zwei Ruten abgereicht. Die eine bezieht sich auf den Völkerbund, die andere gibt eine Antwort auf die erste Wirtschaftsnote Deutschlands. Der Inhalt beider Ruten ist nicht bekannt, da sie Graf Brockdorff beide nach Spa mitgenommen hat. Es heißt nur, daß sie im Tone schärfer und herausfordernder sein sollen als alles, was wir schon von der Entente erfahren haben.

Die Alliierten über den Völkerbund.

Paris, 22. Mai. Die Antwort der Alliierten an Deutschland bezüglich des Völkerbundes besagt sich in sehr sympathischer Weise mit einigen der deutschen Vorschläge, so ist jedoch darauf hin, daß diese am besten erörtert werden könnten, wenn der Völkerbund endgültig errichtet ist.

Bereit zum Vormarsch.

Amsterdam, 23. Mai. Aus Köln meldet Reuters: Sir William Robertson beauftragt die Amerikaner in Koblenz und wird mit dem belgischen Kommando konzentrieren. Die alliierten Truppen sind überall bereit, sofort vorzurücken, wenn es notwendig sein sollte.

Amerikanische Proteste.

Die Westminster Gazette meldet aus Paris: Bei einigen Mitgliedern der amerikanischen Friedensdelegation, die den Friedensvertrag nicht billigen, nimmt der Widerstand dagegen ständig zu. Wahrscheinlich werden Verantwortlichen, die zu den augenblicklichen amerikanischen Bevollmächtigten in enger Beziehung stehen, gegen den Friedensvertrag protestieren. Verschiedene Verantwortlichen der amerikanischen Delegation haben schon ihre Äußerung gemacht. Der Rücktritt von andern steht bevor. Eine der bekanntesten Autoritäten hat erklärt, dieser Vertrag bedeute nicht Frieden, sondern Krieg. Diese Persönlichkeit fügte hinzu, sie werden deshalb in Kürze ihr Rücktrittsgesuch einreichen. Unter der amerikanischen Delegation herrscht Enttäuschung darüber, daß Wilson in seinen Punkten nachgegeben hat.

Daily Mail meldet, daß neun Mitglieder der amerikanischen Friedensdelegation ihr Rücktrittsgesuch eingereicht haben. Zwei Besuchen wurde entprochen.

Der französische Senat fordert Veröffentlichung.

Der französische Senat fordert die Veröffentlichung des vollständigen Textes des Friedensvertragsentwurfs von der Regierung.

Gegen die Loslösung des deutschen Nordostschleswigs.

„Können wir das neue Schleswig nehmen“ überschreibt Koppenhagener Social-Demokraten einen längeren Zeitungsbeitrag, in dem es in der schärfsten Weise gegen die Loslösung des Nordostschleswigs von Deutschland protestiert. Social-Demokraten hebt dabei hervor, daß bei den Loslösungsvorstellungen Subjektivismus, egoistische und kapitalistische Motive von denen die Hauptrolle spielen, die sich früher als reine Abenteurer ausgegeben hätten. Der Schluß des Artikels lautet: „Keine Macht der Erde kann ein im Krieg neutralisiert Land dazu zwingen, eine andere Grenze anzunehmen als die es selbst wünscht. Keine Macht kann entgegen unfremd bestimmten Willen 300 000 Fremde und einverleiben. Wie hochwacht während des Krieges harte Worte gegen diejenigen, die unsere Neutralität in Gefahr brachten und uns in den Krieg hineinzogen wollten. Wie schreiben danach, daß der Weg dann nur über die Leiche der dänischen Sozialdemokratie führe. Diese Worte erregten Aufmerksamkeit sowohl hierzulande wie draußen und hatten vielleicht ihre Bedeutung. Sie scheuten uns nicht, zu wiederholen, daß die Einverleibung von 300 000 Deutschen nach Dänemark gegen den hartnäckigsten Widerstand der 300 000 dänischen sozialdemokratischen Wähler durchgesetzt werden kann. Wir sind deshalb nicht einem Augenblick im Zweifel, was folgen wird: die 300 000 Deutschen oder die 300 000 Dänen, um so weniger, als die Sozialdemokratie in diesem Kampf nicht allein besteht, sondern die überwältigende Mehrheit des dänischen Volkes auf ihrer Seite hat.“

Attentat auf die Kriegsbeschädigten.

Von dem mag dies wohl ausgehen? Von der Entente? Nein, diesmal handelt es sich um ein deutsches Geldstück. Im Laufe des vorigen Jahres ist zugunsten der Kriegsbeschädigten unter dem Namen „Ludendorffspende“ eine große Sammlung in ganz Deutschland veranstaltet worden, die ein Gesamtergebnis von 150 bis 160 Millionen Mark erzielt hat. Der Name der Sammlung ist nie populär geworden, weil sich um die Person Ludendorff schon damals die parteipolitischen Ränipfe gruppierten. Tausende von Spendern, zu denen insbesondere auch viele Arbeiter und Angestellte gehörten, haben trotz ihrer schärfsten politischen Gegnerschaft zu Ludendorff dennoch ihre Gabe beigetragen, weil es ihnen nicht um Namen, sondern um die Hauptsache, auf die Hilfe für die Kriegsbeschädigten, ankam. Diese Spendenliste haben es selbstverständlich mit Freude begrüßt, als die Regierung nach dem 9. November 1918 die Fortsetzung der Sammlung unter dem völlig neutralen Namen „Volkspende für Kriegsbeschädigte“ erniedrigte. Sieben Monate lang hat kein Mensch an dieser Tatsache Anstoß genommen. Unfassbarerweise erst jetzt, kurze Zeit nach der Heimkehr des ehemaligen allmächtigen Ludendorff hat man plötzlich entdeckt, daß die Umrennung in den Kreisen der Spender „lebhaft Missbilligung“ erregt haben soll. Da liegt doch der Verdacht verflucht nahe, daß diese Missbilligung von gewisser Seite erst künstlich hervorgerufen werden soll. In Wahrheit handelt es sich um einen raffiniert ausgeführten, unerschämten Raubzug auf die Mittel der Kriegsbeschädigtenfürsorge, wie folgende von der realistischen Presse mit schmerzhaftem Bedauern weiter verbreitete Notiz in Nr. 33 der Mitteilungen des Deutschen Arbeiterbundes vom 18. Mai beweist:

„Aufhebung der Volkspende (Ludendorffspende)“
Wie aus Nachrichten in den Tageszeitungen hervorgeht, hat die Maßnahme der Regierung, die Ludendorffspende in „Volkspende“ umzunennen, in den Kreisen der Spender lebhaften Missbilligung erregt. So sollen z. B. Stifter, die der Ludendorffspende

mi...
sden
hr
eise,
den, für
elle, Ur
nverlo.
a
B
id.
70
Theater
Königin
Ball
zer
ne Hut
Auswahl
Preise
X
Riner
R. Ecke
STR.
STR. 87
annen
den
retter
infrunze
Maat
rathen
ehr. 13
terlofore.
melberei
ntra
iben
stensen